

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de](http://www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe Mai 2019

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

## Inhalt dieser Ausgabe

- [Editorial](#)
- [Entstehungsgeschichte und heutige Bedeutung der EU für Europas Völker](#)
- [Der anglo-amerikanische Ursprung einer EU, die nicht dem Interesse der Europäer dient](#)
- [Ostermarsch 2019: Abrüstung ist das Gebot der Stunde!](#)
- [Menschengemachter Klimawandel?](#)
- [Werner Voss: Die soziale Rutschbahn](#)
- [SWR: Das Mitmach-Pflegeheim](#)
- [Julian Assange darf nicht verstummen](#)
- [Karin Leukefeld: Wie die USA Syrien spalten wollen und das syrische Öl als Waffe einsetzen](#)
- [Karin Leukefeld: Notre-Dame liegt nicht im Nahen Osten ...](#)
- [Iran und die Gefahr der Eskalation](#)
- [Ukraine: Die Präsidentschaftswahl und die ersten Wochen danach](#)
- [Stefan Korinth: "Annektiert" und gut drauf](#)
- [VIPS drängen Trump, einen Krieg um Venezuela zu vermeiden](#)
- [Andreas Zumach: USA haben mit Drohungen gegen Weltstraengericht Erfolg](#)
- [Dr. Daniele Ganser: Können wir den Medien vertrauen?](#)
- [Hans-Georg Maaßen im Interview: Für viele Linke bin ich der leibhaftige Satan](#)

Zitat des Monats von [Michel de Montaigne](#):

Nichts wird so fest geglaubt wie das,  
was am wenigsten bekannt ist.

## Editorial

Die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament sind Anlass, an die **Entstehungsgeschichte der Europäischen Union** zu erinnern. Wir verlinken mehrere Artikel dazu und fassen zusammen, dass hier alles andere als demokratische Vorgänge stattgefunden haben und bis heute stattfinden. Einige gehen so weit zu sagen, dass die EU nicht reformierbar im Sinne der Demokratie sei. Auch bei den diesjährigen **Ostermärschen** wurde u.a. die Kriegs- und Rüstungspolitik der EU kritisiert. Da auch der **Klimawandel** zunehmend im Sinne einer Propaganda für die Auflösung nationaler Rechtsstaaten eingesetzt wird, stellen wir kritische Beiträge für eine Versachlichung dieser Diskussion zur Verfügung.

Deutlich in den Hintergrund tritt gegenüber diesen Mainstream-Themen der **Sozialabbau**, zu dem Werner Voss konzentrierte Informationen zusammenstellt. Ein Beispiel aus einer **Pflegeeinrichtung** zeigt, wie auch durch bürgerschaftliches Engagement zumindest partiell dagegen gewirkt werden kann.

Widerstand durch Aufklärung kann riskant sein: Caitlin Johnstone ruft deshalb zur Solidarität mit **Julian Assange** auf. Alfred de Zayas hebt die Bedeutung der schätzenswerten Arbeit für die Demokratie hervor.

Auf der internationalen Bühne muss immer wieder der Krieg gegen **Syrien** genannt werden. **Karin Leukefeld** berichtet von aktuellen Ereignissen und Absichten ausländischer Mächte dort und bewertet auch den Brand von **Notre-Dame** in diesem Zusammenhang. Die wachsende (noch) verbale Aggression gegen den **Iran**, aber auch kritische Stimmen dagegen werden dargestellt. Eine kritische Würdigung erfährt auch der neue Präsident der **Ukraine**. Dem wird ein eindrucksvoller Bericht über das Leben auf der **Krim** gegenübergestellt, welches so gar nicht in das sonst verbreitete Bild passt. Gegen die Zuspitzung der Aggressionen gegen **Venezuela** werden sogar in den USA gewichtige Stimmen laut. US-Amerikanische **Bürgerrechtler** kritisieren scharf den Umgang ihres Präsidenten mit dem 'Internationalen Strafgerichtshof'.

Aufklärung im besten Sinne betreibt **Daniele Ganser**, der sehr anschaulich und unterhaltsam die Funktionsweise von Propaganda darstellt. Auch **Hans-Georg Maaßen** ruft in einem Interview sehr deutlich zu Sachlichkeit und Zivilcourage auf.

[Inhalt](#) ↑

### • Entstehungsgeschichte und heutige Bedeutung der EU für Europas Völker

Der ehemalige Präsidentschaftskandidat für das Elysee, [Philippe de Villiers, beantwortet in einem Interview Fragen](#) zu seinem bisher nur auf Französisch erschienenen Buch "J'ai tiré sur le fil du mensonge et tout est venu" (Ich habe an einem Faden des Lügengespinnstes gezogen, und es ist alles ans Licht gekommen). In dem Buch weist de Villiers durch das Dokumentieren von 111 Seiten Beweismaterial nach, dass die heutige EU keine Fehlentwicklung der eigentlichen Absichten der Gründer der 'Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft', sondern die eigentliche Umsetzung ihres Projekts darstellt. Die Gründerväter wollten von Anfang an ein Gebilde ohne Körper, ohne Kopf, ohne Wurzeln, ohne Grenzen. Diese EU mit ihrer undemokratischen Struktur ist nach de Villiers nicht reformierbar.

Die Gründerväter waren Menschen in der Hand der USA, die einen zusätzlichen Markt mit einer Exekutivkommission ohne Kontrolle der Mitgliedstaaten wollten. Der Präsident des 'Komitees für die Vereinigten Staaten von Europa', Jean Monnet, erhielt geheime Zahlungen über die 'Ford Foundation', aus CIA-Kreisen und über ein Konto bei der 'Chase Manhattan Bank'. Dokumente zeigen, dass Monnet ein Agent des US-Außenministeriums war.

Der Architekt des Vertrags von Rom und erste Präsident der Kommission, Walter Hallstein, ein nationalsozialistischer Jurist, war damit beauftragt, den Rahmen für 'Das Neue Europa' festzulegen, bevor er ein hoher Offizier für nationalsozialistische Ausbildung und dann von den US-Amerikanern umerzogen wurde, um anschließend von ihnen für führende europäische Positionen vorgeschlagen zu werden.

Seit dem Maastricht-Vertrag haben alle Mitglieder der EU (einschließlich der neutralen Staaten) ihre Verteidigung unter die Oberhoheit der NATO gestellt, die ausschließlich von den USA geleitet wird. Das ist der Grund, warum alle Mitglieder der EU und der NATO gezwungen sind, die US-Sanktionen umzusetzen, wenn das Pentagon dem Finanzministerium die ökonomische Belagerung der Länder übergibt, die es zerstören will. So haben die USA gerade unter Bezug auf die Monroe-Doktrin beschlossen, Venezuela, Kuba und Nicaragua wirtschaftlich zu belagern. Abweichungen [\(Revolten\) z.B. seitens der EU werden nicht geduldet](#). Nach Einschätzung von Thierry Meyssan löst US-Präsident Donald Trump die NATO nur deshalb nicht auf, weil dann die EU die Unabhängigkeit ergreifen würde.

[Inhalt](#) ↑

#### • Der anglo-amerikanische Ursprung einer EU, die nicht dem Interesse der Europäer dient

Die Rolle Monnets in der Entstehungsgeschichte werden ebenfalls grundlegend in den Artikeln [Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet](#) sowie [Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt](#) beleuchtet.

Auch in [Der anglo-amerikanische Ursprung der europäischen Einigungsbewegung](#) wird die Historie beleuchtet und dann die EU in ihrer Bedeutung für die Staaten Europas beschrieben.

Die von Thierry Meyssan dargestellte Geschichte der EU nach dem Zweiten Weltkrieg, "zeigt, dass diese [Organisation nie im Interesse der Völker Europas entwickelt](#) wurde, sondern gegen Russland". Meyssan mahnt: "Und nur unabhängig wird es ihnen gelingen, ihre europäische Kultur zu retten."

[Inhalt](#) ↑

#### • Ostermarsch 2019: Abrüstung ist das Gebot der Stunde!

In ihrem Redebeitrag für den Ostermarsch forderte Wiltrud Rösch-Metzler am 20.04.2019 in Wolfsburg, die Bundesregierung solle dem Druck, den Rüstungsetat auf 2% des BIP zu erhöhen, widerstehen. Die Regierung solle endlich auf Atomwaffen verzichten und Rüstungsexporte unterbinden. Die [Außenpolitik sei so zu gestalten, dass sie auf Menschenrechten und Völkerrecht basiert](#). Es seien Anstrengungen im Hinblick auf die nicht-militärische Konfliktforschung zu unternehmen. Die Bundesregierung und die EU dürfen die illegalen Annexionen Israels nicht anerkennen, da sie gegen internationales Recht verstoßen. Die staatliche Seenotrettung sollte ausgebaut und Gerettete nicht zurückgeschoben werden.

In ihrer Rede beim Ostermarsch am 20.04.2019 in Stuttgart hat Claudia Haydt triftige Gründe dafür vorgestellt, warum eine [EU als Militärunion und eine EU-Armee ein gefährlicher Irrweg](#) sind. Mit dem auch für die EU postulierten 2%-Ansatz würde das von Deutschland dominierte Bündnis mehr für das Militär ausgeben als Russland. Zum Konzept der Militärunion und der EU-Armee gehört auch der Einsatz im Innern der EU. Für die EU-Armee gebe es keinen Parlamentsvorbehalt. In den Einzelstaaten nicht durchsetzbare Militärprojekte können auf EU-Ebene durchgesetzt werden, auch wenn dies unter Wirtschaftsförderung laufe, weil bisher die Finanzierung von Aufrüstung durch die EU illegal sei. Im Rahmen der EU-Militärpolitik werden zunehmend koloniale Interessen und koloniale Strukturen wiederbelebt. Mit zunehmender Bedeutung des Militärischen werde das Verhindern von Rüstungsexporten noch schwieriger. Haydt fordert abschließend: "Statt Hochrüstung brauchen wir Abrüstung! Statt ins Militär wollen wir in die Bekämpfung von Hunger und Elend weltweit investieren!"

In seiner Rede beim Ostermarsch am 18.04.2019 in Ulm hat MdB Tobias Pflüger Bezug auf die Gründung sowohl eines zentralen Kommandos der NATO als auch eines multinationalen Kommandos der EU in einer Kaserne in Ulm genommen. Diese neuen Kommandos stehen lt. Pflüger für Aufrüstung. Das neue EU-Kommando stehe laut Staatssekretär Tauber für die Absicherung deutscher Wirtschaftsinteressen. Stattdessen sei [Abrüstung das Gebot der Stunde](#). Pflüger macht deutlich, dass die von der EU geplanten Militärausgaben, insbesondere geht es um die Frontex, legalisiert werden sollen, indem man sie Industrieförderung nennt. Pflüger wendet sich gegen jegliche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, stellt aber klar, dass [das geheime Abkommen zum Aachener Vertrag](#) festlegt, dass sich Deutschland und Frankreich bei Rüstungsexporten gegenseitig nicht in die Quere kommen.

[Inhalt](#) ↑

## • Menschengemachter Klimawandel?

Prof. Dr. Werner Kirstein ([eingeSCHENKt.tv](#)-Video, 1h29) setzt uns faktenreich und ausführlich die Sachverhalt über den angeblich menschengemachten aber real von Natur aus stattfindenden Klimawandel auseinander. Gegen Ende (ab 1h18'30) zitiert er die IPCC-Aussage von 2001: "In der Klimaforschung und -modellierung sollten wir erkennen, dass es sich um ein gekoppeltes nicht-lineares chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich." Und ganz zum Schluss die Einsicht des heute 97-jährigen früher erbitterten Umweltschützers James Lovelock, der vor der Klimakatastrophe warnte: Das Problem ist, dass wir nicht wissen, was mit dem Klima los ist. Vor 20 Jahren dachten wir, das zu wissen und veröffentlichten alarmistische Bücher – meine eigenen eingeschlossen – weil alles klar schien. Aber nichts von dem, was wir vorausgesagt haben, ist eingetreten."

Dass anthropogenes CO<sub>2</sub> keine Ursache für einen Klimawandel sein kann, ergibt sich für Kirstein schon allein aus den Mengenverhältnissen. "Laut Bundesumweltamt betragen die anthropogenen Anteile beim CO<sub>2</sub> nur 1,2 %. Das heißt, von den 0,038 % CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Luft sind nur 0,00046 % anthropogenen Ursprungs, umgelegt auf die Atmosphäre insgesamt ist etwa nur jedes 217'390ste Luftmolekül anthropogener Herkunft. Auch wenn von anderen Autoren der anthropogene Anteil am Gesamt-CO<sub>2</sub> mit 4 % veranschlagt wird, bleibt der [Anteil anthropogenen Ursprungs mit 0,00152% unbedeutend klein](#) und ändert nichts an der grundlegenden Aussage."

Prof. Lüdecke (EIKE-Institut) setzt sich in einem Vortrag mit verschiedenen Veröffentlichungen zu Zyklen der Erdtemperatur mit den Sonnenzyklen auseinander. Lüdecke und sein Mitautor Prof. Carl Otto Weiss fanden unter Nutzung von 4 Zyklen mit etwa 1000, 500, 200 und 60 Jahren Periodenlänge eine überraschend gute Korrelation von Sonnenaktivität und Erdtemperatur, ohne dass anthropogenes CO<sub>2</sub> mitbetrachtet werden muss. Aufgrund dieser Betrachtung [sagt Lüdecke eine zukünftige Abkühlung voraus](#). (Video, 0h33)

Lüdecke legt auch dar, dass das CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre der Erdtemperatur in einem Abstand von ca. 800 Jahren folgt. Andere Quellen zufolge hinkt das CO<sub>2</sub> der Temperatur um [durchschnittlich 400 Jahre](#) hinterher, da [warmes Ozeanwasser nicht so viel CO<sub>2</sub> speichern](#) kann wie kaltes Wasser. Demnach ist der Temperaturanstieg für den Anstieg des CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre verantwortlich, nicht umgekehrt.

Als Donald Trump im August 2017 medienwirksam verkündete, aus dem Klimaschutzabkommen von Paris auszusteigen, war dies nur eine logische Fortsetzung dessen was sich Jahre zuvor im Zuge des Kyoto-Protokolls ereignete, und dies wird von Politik und Medien bis heute totgeschwiegen wird. Zum Zeitpunkt der Verhandlungen über die Kyoto-Abkommen forderten die USA als Unterzeichnungsvorschrift, dass alle ihre militärischen Operationen weltweit und alle Operationen, an denen sie mit den Vereinten Nationen und/oder der NATO beteiligt sind, [vollständig von der Messung oder Reduzierung ausgenommen](#) werden. Diese Vorschrift basierte auf dem 1999 vom Kongress erlassenen Gesetz "H.R.3616 – Strom Thurmond National Defense Authorization Act for Fiscal Year 1999", das im § 1232 feststellt, "dass keine Bestimmung des Kyoto-Protokolls zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen oder einer damit zusammenhängenden Regelung die Beschaffung, Ausbildung

oder O&M von US-Streitkräften einschränken darf (O&M steht für “Operation and Maintenance /Betrieb und Instandhaltung”).

Die Klimadiskussion leidet unter einem wichtigen Defizit: [Eine direkte Diskussion der beiden Lager findet eigentlich gar nicht statt](#). Anhänger der harten Klimalinie lehnen Einladungen zu klimaskeptischen Kongressen meist ab. Im Gegenzug laden sie Klimaskeptiker nicht zu ihren Tagungen ein. So schreibt man sich lieber die Finger in Blogs beider Seiten wund, da die Alarmisten das direkte Gespräch scheuen. Alfred Brandenberger hat die verschiedenen [Diskussionszusammenbrüche](#) in seinem Blog zusammengetragen. Brandenberger hat zudem sehr viele Fakten zur Klimadiskussion gesammelt ([Wandel](#), [Wissenschaft](#), [Probleme](#), [Beurteilung](#), [Auswirkungen](#)) und bringt die [aktuellsten Neuigkeiten zum Klimawandel](#).

[Inhalt](#) ↑

#### • Werner Voss: **Die soziale Rutschbahn**

Werner Voss stellt detailliert dar, dass Deutschland zwar ein Sozialstaat ist, der viel Geld für sozial Bedürftige ausgibt – 2018 über 1 Billion Euro, der es aber auch zunehmend ausgeben muss, weil die sozialen Verhältnisse sich für viele Menschen durch politische Entscheidungen verschlechtern. Während das Bruttoinlandsprodukt von 2005 bis 2017 preisbereinigt um 40 % gestiegen ist, ist auch die offizielle Armutsquote von 14,7 % auf 17 % gestiegen. Von 1982 bis 2015 hat sich das BIP verdoppelt, während die Reallöhne im selben Zeitraum stagnierten.

[Das Öffnen der sozialen Schere](#) wird auch an anderen Fakten sichtbar: die Zahl der Rentner, die auf eine staatliche Grundsicherung angewiesen sind, hat sich seit 2003 verdoppelt, die Zahl der Sozialwohnungen ist von 1987 bis 2015 von 3,9 auf 1,4 Millionen gesunken, die Tafeln erfahren steigende Nachfrage auf zur Zeit 1,5 Millionen Menschen pro Jahr – aber die Steuern für Großkonzerne werden nur zum Teil eingetrieben und die Rüstungsausgaben werden laufend erhöht. Die Arbeitslosigkeit umfasst bei ehrlicher Zählung über 6 Millionen Menschen und die prekären Arbeitsbedingungen, unter denen weitere 7,7 Millionen Menschen leiden, werden durch die politisch gewollte Migration z.B. aus Osteuropa verschärft.

Voss fordert die konsequente Erfüllung des Grundgesetzauftrages nach sozialer Gerechtigkeit, was mit den aktuellen politischen Aktionen z.B. der SPD nicht gegeben ist.

*[Werner Voss](#), Jg. 1956, hat als engagierter Bürger das Anliegen, die Bürgerbewegung zu stärken, um somit die Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild auch in Deutschland zu ermöglichen. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### • SWR: **Das Mitmach-Pflegeheim**

In Wyhl am Kaiserstuhl gibt es das Modell-Pflegeheim Rheinaue. Hier ist die [Mithilfe der Angehörigen erwünscht](#), sei es durch Wäschewaschen, Saubermachen u.a.m. Die 56 Bewohner der Hausgemeinschaft helfen bei den täglich anstehenden Arbeiten entspannt mit. Es wird z.B. gemeinsam das gekocht, was man miteinander überlegt hat. Von der Aktivität aller profitieren Bewohner wie Personal, bei dem es im letzten Jahr keine Krankmeldung gab. Es bleibt viel Zeit für viel Zuwendung. Das alles bei akzeptablen Kosten.

Trotz dieses Erfolgs wollte ein Teil der Kassen die Finanzierung aufkündigen. Nach Intervention des Bundesgesundheitsministeriums wurde dies abgewendet. Aber die Zukunft des Modells hängt davon ab, dass die Politik die Gesetzgebung entsprechend anpasst.

Die [BeneVit-Gruppe](#), der Betreiber von ‘Haus Rheinaue’ in Wyhl, bietet an 30 Standorten in Deutschland Pflegedienste an ([Leitbild](#), [Selbstverständnis](#), [Foliensatz](#)). Die Gruppe hat Bewohner des Hauses in Wyhl (Foliensatz ab S. 25) und ihre Angehörigen über ihr Engagement und Zufriedenheit im Haus befragt (ab S. 56) und konnte auch bei den Mitarbeitern eine hohe Akzeptanz und Zufriedenheit feststellen (ab S. 56).

[Inhalt](#) ↑

## • Julian Assange darf nicht verstummen

Caitlin Johnstone warnt eindringlich: An Julian Assange, der in Großbritannien in einem Hochsicherheitsgefängnis gefangen gehalten wird und keinerlei Besuch empfangen darf, wird ein brutales Exempel statuiert. Wenn wir hinnehmen, dass Assange [wie ein Schwerverbrecher behandelt wird](#), wenn wir uns von belanglosen Details zu seinen angeblichen Eigenschaften und seiner Katze ablenken lassen, ermöglichen wir skrupellosen Weltlenkern, die Wahrheit zum Verstummen zu bringen.

Das 'Komitee zur Verteidigung von Julian Assange und Chelsea Manning' verurteilt die Verhaftung von WikiLeaks-Gründer Julian Assange aufs Schärfste. Das Komitee [fordert "die sofortige und bedingungslose Freilassung von Julian Assange"](#), der Whistleblowerin Chelsea Manning und aller mutigen Menschen, die das Ausmaß der völkerrechtswidrigen und brutalen Kriege und Verbrechen der USA und ihrer Verbündeten enthüllt haben“.

Alfred de Zayas, Jurist und Historiker und ehemals UN-Hochkommissar für Menschenrechte, sieht die Arbeit von Whistleblowern wie Julian Assange geschützt durch die Europäische Menschenrechtskonvention. Zudem habe er Anspruch auf Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention. WikiLeaks leiste einen ["notwendigen und sehr wertvollen Beitrag zur Demokratie"](#), denn wir brauchen dringend die Informationen, die unsere Regierungen von uns fernhalten, vor allem Beweise für Korruption, Manipulation, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit“.

Die US-Justizbehörden haben die Anklage gegen Wikileaks-Gründer Assange um 17 neue Punkte erweitert. Assange wird nun auch unter Berufung auf das Spionage-gesetz angeklagt. Assange droht damit im Fall einer Auslieferung an die USA und einer Verurteilung in allen nun insgesamt 18 Anklagepunkten eine [Höchststrafe von insgesamt bis zu 175 Jahren Haft](#). Juristen glauben, dass es bei einer Verurteilung von Assange zukünftig einfacher für die Regierungen sein könnte, Journalisten zu verklagen, die geheime Regierungsgeschäfte aufdecken wollen.

[Inhalt](#) ↑

## • Karin Leukefeld: **Wie die USA Syrien spalten wollen und das syrische Öl als Waffe einsetzen**

Die Kurden von Afrin gehören schon heute zu den großen Verlierern im "Großen Spiel um Syrien". Der selbstverwaltete Kanton Afrin wurde durch ein von der Türkei kontrolliertes Kalifat ersetzt, das Teil einer 30 Kilometer breiten Pufferzone werden soll, die die syrischen Kurden auf Abstand halten soll. Die Türkei stuft die Kurden wie den "Islamischen Staat" (IS, ISIL) als "Terroristen" ein, während sie für die USA die "Verbündeten am Boden" darstellen, die auch von der Türkei zu akzeptieren seien.

Gegen eine Besetzung Nordsyriens durch die Türkei haben die USA nichts einzuwenden. Washington möchte auch, dass türkische Soldaten zusammen mit Soldaten der europäischen NATO-Staaten die Grenze zur Pufferzone östlich des Euphrat sichern, damit sich US-Soldaten zurückziehen können. Bis auf Frankreich hat bisher kein europäisches NATO-Land die völkerrechtswidrige Anwesenheit eigener Truppen in Syrien eingeräumt.

Der Teilnahme türkischer Soldaten an der multinationalen Truppe wollen die Kurden ohne Zugeständnisse Ankaras nicht zustimmen. Mit dieser Teilnahme wollen die USA die Türkei aus dem Einflussbereich Russlands herausziehen, um so den Astana-Kreis zu schwächen, in dem Russland, Iran und die Türkei ihr Vorgehen in Syrien absprechen. Die Einbindung der Kurden soll deren Verhandlungsbereitschaft mit Damaskus unterlaufen.

Eine [Besetzung des Nordosten Syriens durch ausländische Truppen](#) bedeutet, Gebiete mit wichtigen Bodenschätzen des Landes wie Wasser, Weizen, Öl und Gas dem Zugriff der syrischen Regierung zu entziehen. Die Versorgungsprobleme, die dadurch für den Rest Syriens entstehen – immerhin 70% Syriens sind wieder unter Regierungskontrolle – sind nach diesem Plan gewollt. So werden alle, die sich am Transport oder den Finanztransfers von Öl "an die syrische Regierung oder syrische Regierungsinstitutionen" beteiligen, seitens der USA mit Sanktionen bedroht;

dadurch lässt z.B. Ägypten keine iranischen Schiffe mehr durch den Suez-Kanal, die Öl für Syrien an Bord haben.

Nach dem Krieg, den die Gegner der syrischen Regierung nicht gewinnen konnten, folgt der Wirtschaftskrieg – und wieder zahlt die Bevölkerung den Preis.

Dem gegenüber wollen Russland und der Iran, wie im ihrem Adana-Abkommen formuliert, die Wiederherstellung syrischer Regierungskontrolle im Nordosten Syriens als "eine der vorrangigsten Aufgaben" und den Dialog zwischen Damaskus und den Kurden.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, *Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien.* (Red.)

[Inhalt](#) 

#### • Karin Leukefeld: **Notre-Dame liegt nicht im Nahen Osten ...**

Während das Feuer in Notre-Dame in aller Munde war, haben die Feuer in den syrischen Kirchen Politik und Medien im Westen noch nicht einmal interessiert. Für den Wiederaufbau von Notre-Dame gibt es Millionen, der Wiederaufbau und die Restauration der syrischen Kirchen findet nur vereinzelt mit kirchlichen und privaten Geldern statt.

Die Brandstifter in Syrien werden von Medien und Politikern der westlichen Welt und der Golfstaaten als "Rebellen" nicht nur verharmlost, sondern sie wurden medial und politisch angefeuert, mit Geld und Waffen unterstützt. Aber der Wiederaufbau in Syrien wird durch EU-Sanktionen und ein US-Ölembargo blockiert. [Dabei würde es Notre-Dame gar nicht geben](#) ohne die Christen, die in der syrischen Wüste, im Küstengebirge und in ganz Syrien schon zur Zeit Jesu ihre Kirchen tief unter der Erde bauten, um Verfolgern zu entgehen.

Medial kaum wahrgenommen wird, dass [in Frankreich immer öfter Kirchen geschändet](#) werden. Insgesamt 1'063 "antichristliche Attacken" wurden vergangenes Jahr in Frankreich registriert. In 2017 waren es 878 Angriffe auf christliche Kirchen. Oft sind die Täter Jugendliche.

[Inhalt](#) 

#### • **Iran und die Gefahr der Eskalation**

Ein Jahr nach dem Ausstieg der USA aus dem Abkommen zur Begrenzung des iranischen Nuklearprogramms auf rein zivile Zwecke hat der iranische Präsident Hassan Rohani den übrigen fünf Vertragsstaaten – Russland, China, Frankreich, Großbritannien und Deutschland – [am 08.05.2019 eine 60-tägige Frist "zur Rettung des Abkommens" gestellt.](#)

Konkret verlangt Rohani von den fünf Unterzeichnerstaaten, innerhalb der nächsten zwei Monate die Auswirkungen der US-Sanktionen gegen iranische Banken und gegen die Ölindustrie des Landes "zu überwinden". Wenn die fünf Länder dem Iran helfen würden, wieder ungestört Öl zu verkaufen und am internationalen Finanzmarkt teilzunehmen, werde der Iran "zu seinen Verpflichtungen nach dem Atomabkommen zurückkehren". Um der Forderung Nachdruck zu verleihen, will Teheran seine Verpflichtung, überschüssige Mengen niedrig angereichertes Uran sowie "schweres Wasser" aus der Reaktoranlage Arak nicht auf seinem Territorium zu lagern, vorläufig nicht mehr einhalten. Werde die Forderung bis Anfang Juli nicht erfüllt, so Rohani, werde Iran die Anreicherung von Uran oberhalb der im Abkommen erlaubten Grenze von 3,67% wiederaufnehmen.

Erst vergangene Woche hatten die USA zwei Zusatzvereinbarungen des Atomdeals – nach der Iran niedrig angereichertes Uran an Russland und schweres Wasser an Oman verkaufen durfte – gekündigt und Russland sowie Oman für den Fall einer weiteren Umsetzung dieser Zusatzvereinbarungen mit Sanktionen gedroht.

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, [Norbert Röttgen, fordert eine EU-Initiative für den Mittleren Osten](#), die man gemeinsam mit Russland und China ergreifen sollte.

Die EU müsse auch weiterhin dafür eintreten, dass sich der Iran weiter an das Atomabkommen halte. Mit ihrem Vorgehen, würden die USA Öl in das Feuer gießen.

In einem Offenen Brief fordert der iranisch-stämmige Mohssen Massarat Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Maas auf, zusammen mit der EU-Außenbeauftragten Mogherini zu erklären, dass sich Deutschland und die EU [nicht an einem Krieg gegen den Iran beteiligen](#) werden. Vielmehr sollen sich Deutschland und EU für die Bewahrung und Stärkung des Völkerrechts und für die Einhaltung der internationalen Abkommen einsetzen und die USA auffordern, zu einer Politik der internationalen Kooperation zurückzukehren, die zur Schaffung der Vereinten Nationen geführt hat. Deutschland und die EU sollten ganz konkret am Gelingen der seit November 2018 in New York laufenden Verhandlungen für die Einrichtung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Mittleren und Nahen Osten aktiv mitwirken und sich ebenfalls dafür einsetzen, dass auch die USA und Israel an den Verhandlungen teilnehmen.

[Inhalt](#) ↑

### • Ukraine: Die Präsidentschaftswahl und die ersten Wochen danach

Schon [in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen](#) am 31.03.2019 erhielt der politische Quereinsteiger und Vertreter der Partei "Sluga naroda", Wladimir Selenskij, deutlich mehr Stimmen als der amtierende Präsident Petro Poroschenko. [Bei der Stichwahl am 21.04.2019](#) erhielt Wladimir Selenskij 73,17% der Stimmen, Poroschenko 24,50% (Stand nach Auszählen von 95% der abgegebenen Stimmen). Die [Unterstützung von Selenskij](#) war im Süden (85,4%) und im Osten (87,7%) der Ukraine am größten. Poroschenko gratulierte Selenskyj und nahm die Mehrheitsentscheidung der Ukrainer an.

Nachdem der neue ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij erklärte, dass er den von Separatisten kontrollierten Gebieten der Ostukraine einen Autonomiestatus nicht zugestehen will, erklärte Putin, die Bürger "in einigen Rayons der Gebiete Donezk und Lugansk" könnten [russische Pässe im vereinfachten Verfahren](#) beantragen. Darauf warten die dortigen Bürger seit 2014. Denn Russland ist für viele Ukrainer wegen Arbeitsplätzen, höheren Löhnen und der Abwesenheit von Bandera-Verherrlichung attraktiv.

Putins Pass-Erlass stieß in der Ukraine, in Deutschland, Frankreich und den USA auf scharfen Protest. Die Ukraine will den Ukrainern, die einen russischen Pass bekommen, die Staatsbürgerschaft entziehen, was sie aber gegenüber Ukrainern mit ungarischen, rumänischen und polnischen Pässen nicht praktiziert, obwohl die Ukrainer laut Gesetzeslage nur eine Staatsbürgerschaft haben dürfen. Russland hat die Aussicht, mit Migranten aus der Ukraine gut ausgebildete und mit der russischen Kultur vertraute Bürger zu gewinnen.

Dem Ringen von Selenskij um die Ukrainer, steht das von Wahlverlierer Poroschenko noch auf den Weg gebrachte, und am 25.04.2019 von der Rada verabschiedete [Gesetz "Über Förderung des Funktionierens des Ukrainischen als Staatssprache"](#) im Wege. Das Gesetz sieht vor, dass in den Bereichen Schule, Universität, Dienstleistungen und Gesundheitsversorgung nur noch Ukrainisch gesprochen werden darf. In einem Land, in dem 40% der Bevölkerung Russisch sprechen, ist das eine drakonische Maßnahme.

2014 gehörte die ukrainische Schriftstellerin Jewgenia Biltschenko zu den Unterstützern des Maidan. Seit drei Jahren steht sie in Opposition zur Regierung in Kiew. Heute hat sie den Eindruck, dass der Westen mit Wladimir Selenskij einen weniger russophoben, liberalen Kandidaten unterstützt. Aber das Land werde [von der CIA in einem Zustand des Chaos gehalten](#). "Die Vertreter des westlichen Liberalismus wollen die Ukraine in eine Agrar-Enklave und den Staat in eine Waffe des freien Marktes verwandeln. Das Schreckliche ist, dass auf diesem Weg ein nationalistischer Staat entsteht.

Prag, Leipzig, Berlin, überall gibt es die Zensur der Liberalen. Den Antiglobalisten gibt man nur wenig Raum." Biltschenko ist der Meinung, dass sich die Ukrainer und die Russen vereinen müssen, da dies ihren gemeinsamen geistigen Wurzeln und Traditionen entspricht. Ihre Vorlesungen zur ukrainisch-russischen Verständigung und zur Aufklärung über den westlichen, aufhetzenden Liberalismus kann sie nur privat halten. An ihrem "Anti-Kriegs-Festival in Kiew, das

sie anlässlich des von der UNESCO begangenen 'Internationalen Tages der Gedichte' am 21. März“ abhielt, nahmen 200 Menschen teil.

Nach der für den amtierenden Präsidenten verlorenen Wahl wird bekannt, dass der Generalstaatsanwalt der Ukraine Poroschenko vorgeladen hat, um ihn über die Ereignisse auf dem Maidan aussagen zu lassen. [Poroschenko ist zu der Vorladung nicht erschienen](#). – Mehrere Maidanaktivisten beschuldigen ihn, maßgeblich in die Schüsse verwickelt zu sein, welche 100 Menschen, Demonstranten und Polizisten, im Jahr 2014 töteten.

Poroschenko soll auch mit dafür gesorgt haben, dass gefangen genommene Heckenschützen nach dem Maidan-Massaker frei gelassen wurden. Zudem soll Poroschenko zusammen mit anderen namentlich genannten Personen wie Andrij Parubij, der den bewaffneten Aufstand leitete, Heckenschützen evakuiert haben, um sie vor der Verhaftung zu bewahren. Es wird auch bekannt, dass die Planungen für die Gewalt auf dem Maidan in der deutschen Botschaft erfolgten.

[Inhalt](#) ↑

- **Stefan Korinth: “Annektiert“ und gut drauf**

Seitdem sich die Krimbevölkerung vor fünf Jahren von der Ukraine lossagte, behaupten hiesige Transatlantiker, Putingegner und der Medien-Mainstream immer wieder, die Lage auf der Krim sei heute unter russischer Herrschaft katastrophal. Die Touristen würden wegbleiben, mit der Wirtschaft gehe es bergab, die Infrastruktur sei marode, die Krimtataren würden unterdrückt. Das Auswärtige Amt rät von Reisen auf die Krim sogar “dringend“ ab.

Doch Deutsche, die seit 2014 selbst auf der Halbinsel waren, berichten faktisch das Gegenteil. So erlebte Herr Drayss Touristenmassen und eine reibungslos funktionierende Versorgung und Infrastruktur. Auch der Filmemacher Christoph Felder erlebt das Gegenteil dessen, was die Medien in Deutschland berichten: volle Busse, volle Brücken, Ströme russischer Touristen, gewaltiges Wachstum. Auch die Reisebuchautorin Katharina Füllenbach zeigt diesen Widerspruch auf.

Ebenso positive Eindrücke sammelten Mitglieder der West-Ost-Gesellschaft aus Baden-Württemberg sowie der Journalist Tino Künzel. Der Blogger Dert-Ewen Ungar betont, wie sich die [Zustände auf der Krim seit 2014 sichtbar verbessert](#) haben. Insgesamt können “wir uns auch mit und für die Menschen auf der Krim freuen, dass sie in Frieden leben können und dass es ihnen in Wirklichkeit weitaus besser geht, als es unsere Medien berichten“.

[Stefan Korinth](#), Jg. 1983, studierte Sozialwissenschaften, bildete sich dann journalistisch weiter. Heute freiberuflicher Journalist zu regionalen, sozialen und politischen Themen sowie aufgrund persönlicher Kontakte zur Ukraine. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **VIPS drängen Trump, einen Krieg um Venezuela zu vermeiden**

Eine Gruppe ehemaliger US-Geheimdienstler (\*) fordern den US-Präsidenten Trump in ihrem Memorandum vom 04.04. auf, seine [Venezuela-Politik zu ändern](#), da sie neben der Misswirtschaft von Präsident Maduro das Leiden der dortigen Bevölkerung vergrößere. Sowohl die Anerkennung von Juan Guaidós als Interimspräsident als auch die wiederholt angedrohte Militärintervention seien kontraproduktiv.

Die provozierende Polemik gegen Russland habe Moskau die Gelegenheit verschafft, sich in dem Konflikt zu positionieren. Aber dafür, dass Russland, wie von Washington behauptet, offensive Absichten verfolge, gebe es keine Beweise. Daher seien militärische Drohungen gegenüber Moskau unangebracht und gefährlich. Die ehemaligen Geheimdienstler fordern von Trump, die aggressive Rhetorik zu unterlassen, das Völkerrecht zu achten und das Gespräch mit Russlands Präsidenten Putin zu suchen.

(\*) *VIPS sind die ‘Veteran Intelligence Professionals for Sanity’ (‘Ehemalige Geheimdienstler für Vernunft’).* (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Andreas Zumach: USA haben mit Drohungen gegen Weltstraftgericht Erfolg**

Bürgerrechtler in den USA haben die [erfolgreiche Nötigung des 'Internationalen Strafgerichtshofs' \(IStGH\)](#) durch die Regierung von US-Präsident Donald Trump scharf kritisiert. Die Vorermittlungen des IStGH liefen seit 2006. Am 12.04.2019 hatte eine Vorprüfungskammer des IStGH den im November 2017 von Chefanklägerin Fatou Bensouda gestellten Antrag abgelehnt, entsprechende Ermittlungen einleiten zu können. Laut Bensoudas Antrag ging es u.a. um mögliche Verbrechen durch Angehörige der US-Armee und des Geheimdienstes CIA in Afghanistan sowie in anderen Ländern, in denen die USA ab Mai 2003 Gefangene aus Afghanistan inhaftiert und verhört hatten.

Rufe aus Washington, z.B. Syriens Präsident Baschar al-Assad vor den IStGH zu stellen, haben damit den letzten Rest an [Glaubwürdigkeit verloren](#).

[Andreas Zumach](#), Jg. 1954, studierte Volkswirtschaft und Journalismus, seit 1988 freier Journalist am UNO-Sitz in Genf für unterschiedliche Medien, erhielt den Göttinger Friedenspreis. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Dr. Daniele Ganser: Können wir den Medien vertrauen?**

Der Schweizer Historiker Dr. Daniele Ganser stellt in seinem Vortrag "[Können wir den Medien vertrauen?](#)" seine Analyse zur Berichterstattung zur internationalen Politik dar (Video, 0h59). Insbesondere geht Ganser darauf ein, wie der Text die Aussage eines Bildes wesentlich in unserem Denken festlegt. Er legt auch dar, wie es heute möglich ist, gefälschte Bilder durch technische Möglichkeiten auf ihre Originalität zu überprüfen; er zeigt an etlichen Beispielen, wo wir getäuscht wurden.

So zeigt Ganser nicht nur wie unsere Medien ihre Reputation verspielt haben, sondern wie es ihnen gelingt, die Bürger mit bewusster Manipulation, Lügen und staatlichen Fake News in verbrecherische Angriffskriege zu führen. Sie haben sich und uns mit Blut besudelt. Die Konsequenz daraus ist die inzwischen für jeden erkennbare Systemkrise.

[Daniele Ganser](#), Jg. 1972, ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik, sowie Energie- und Friedensforscher. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Hans-Georg Maaßen im Interview: Für viele Linke bin ich der leibhaftige Satan**

Der ehemalige Verfassungsschutzpräsident wird gefragt, ob er sich stärker politisch engagieren möchte, nachdem er wegen Kritik an Bundeskanzlerin Merkel seinen Posten als Geheimdienstchef verloren hatte.

Maaßen schließt dies nicht aus und sieht seine Zukunft aber trotz persönlich schlechter Erfahrungen weiterhin in der CDU, für die er sich wieder [mehr Verstand und mehr Persönlichkeiten mit Ecken und Kanten](#) wünscht. Auch die generelle Bereitschaft zum Widerspruch und zur Sachlichkeit, zum Beispiel in der Migrantenfrage, finde man in unserem politischen Klima und auch bei Beamten leider immer weniger. Maaßen versteht sich selbst als Demokrat, der gerade den Mut zum Widerspruch, wenn unsachliche Meinungen und Argumente die Oberhand gewinnen, als demokratische Notwendigkeit sieht.

Bei den Rechtsextremen sieht er, dass die Grenzen zwischen gewaltbereiten und nicht gewaltbereiten Kräften sich ähnlich verwischen wie dies bei den Linksextremen schon lange der Fall ist.

[Inhalt](#) ↑